

Organe

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann

Köln

Vorsitzender

Vorsitzender der Vorstände
DEVK Versicherungen

Dr. Kristian Loroeh

Altenstadt

stellv. Vorsitzender

Bereichsleiter der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Hans-Jörg Gittler

Kestert

Vorsitzender des Vorstands
BAHN-BKK

Frank Schmidt

Troisdorf

Senior Spezialist
Produktentwicklung/Geschäfts-
steuerung Sach/HUK
DEVK Versicherungen
Zentrale Köln

Irmgard Schneider

Maisach

Mitarbeiterin
DEVK Versicherungen
Regionaldirektion München i. R.

Bernd Zens

Königswinter

Mitglied der Vorstände
DEVK Versicherungen

Vorstand

Jürgen Dürscheid

Köln

Sylvia Peusch

Düsseldorf

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt das selbst abgeschlossene Private Krankenversicherungsgeschäft und seit dem 1. Januar 2000 auch das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft im Inland. Hinsichtlich der betriebenen Versicherungsarten verweisen wir auf die Anlage zum Lagebericht.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Krankenversicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital unserer Gesellschaft beträgt 8,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht, zu 100 % gehalten.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an den wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Auf Grund des Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Die allgemeinen Betriebsbereiche Rechnungswesen, Inkasso, EDV, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Mit dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G., der DEVK Allgemeine Versicherungs-AG und der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG bestehen aktive Rückversicherungsverträge bezüglich des Auslandsreise-Krankenversicherungsrisikos.

Mit anderen Krankenversicherungsunternehmen bestehen Pool-Verträge zur Abwicklung der Pflegepflichtversicherung und der Standard- und Basistarife.

Die Gesellschaft ist Mitglied der „Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG für die Mitglieder der Post-beamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV)“.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie schon das Jahr 2016 war auch das Jahr 2017 an den Kapitalmärkten durch unsichere politische Rahmenbedingungen geprägt. Zwar reduzierte die Wahl des europafreundlichen Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten im Mai 2017 die Befürchtungen eines Auseinanderbrechens der Eurozone, jedoch sorgten der zum Teil erratische Politikstil Donald Trumps sowie der Verlust der Mehrheit der Regierungspartei im britischen Parlament und die sehr schleppenden Fortschritte der Brexit-Gespräche mit der EU für anhaltende Verunsicherung. Hinzu kamen in Deutschland zum Ende des Jahres schwierige Sondierungsgespräche nach der Bundestagswahl mit der Möglichkeit von Neuwahlen.

Trotz der verschiedenen politischen Risikofaktoren zeigen sich die meisten Unternehmen – auch auf globaler Ebene – weiterhin vergleichsweise optimistisch bezüglich ihrer Geschäftsaussichten. Eine im Durchschnitt weiterhin niedrige Inflation und eine verbesserte Arbeitsmarktlage in vielen Industrieländern führen auch dazu, dass die Konsumnachfrage auf einem vergleichsweise hohen Niveau lag. So steuerte die globale Konjunktur auf ein, im Vergleich zum Vorjahr, höheres BIP-Wachstum zu (3,7 % nach 3,2 %).

Die globale Geldpolitik verblieb in 2017 insgesamt expansiv, unterstützt durch anhaltend niedrige Inflationsraten. Die EZB entschied Ende Oktober, ab Januar 2018 das monatliche Anleihekaufvolumen von 60 Mrd. € auf 30 Mrd. € zu halbieren. Das EZB-Aufkaufprogramm soll mindestens bis September 2018 laufen. Auch um die Aufwertung des Euros nicht noch weiter zu fördern, hat die EZB zunächst darauf verzichtet, weitere restriktive geldpolitische Maßnahmen zu verkünden. Zinsanhebungen der EZB werden für 2018 nicht erwartet.

Die US-amerikanische Notenbank Fed hat dagegen die Verringerung ihrer aufgeblähten Bilanz ab Oktober 2017 beschlossen. Schrittweise wird ein immer größerer Teil der fällig werdenden Anleihen nicht mehr am Anleihemarkt reinvestiert. Nach einigen Monaten soll die Bilanz der Fed um monatlich 50 Mrd. \$ schrumpfen. Eine Leitzinsanhebung um jeweils 0,25 Prozentpunkte fand im März, Juni und Dezember 2017 statt. Durch die Wahl von Jerome Powell als neuen Fed-Chef wird allgemein keine signifikante Änderung der amerikanischen Geldpolitik, wohl aber möglicherweise eine Lockerung der Bankenregeln erwartet.

Die Renditen am Eurozinsmarkt haben sich in 2017 am Beispiel des 10-jährigen Euro-Swapsatzes von knapp unter 0,7 % auf nahezu 0,9 % zum 31. Dezember 2017 erhöht.

Zeitweise lag der Wert bei ca. 1,0 %. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen sind in 2017 weiter gefallen. Hier rechnen wir mit steigenden „Risiko-Spreads“, wenn die Nachfrage der EZB am Rentenmarkt im Rahmen der Reduktion der monatlichen Anleihekäufe in 2018 tatsächlich geringer wird.

Politische Ereignisse (Nordkorea-Krise) haben den deutschen Aktienmarkt am Beispiel des Index DAX Ende August kurzzeitig unter 12.000 Punkte gedrückt. Nach einigen Wochen hat sich dieser aber, auf Grund der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, erholen können. Nach Ankündigung der Verlängerung des EZB-Kaufprogramms und einem zeitweise wieder etwas schwächeren Euro/USD-Wechselkurs ist der DAX wieder weiter gestiegen und beendete das Jahr 2017 bei 12.918 Punkten und damit 12,5 % über dem Vorjahresendwert.

Im Vergleich zu den meisten Währungen hat der Euro in 2017 an Wert gewonnen. Der Euro/USD-Wechselkurs schwankte in 2017 zwischen 1,04 und 1,21 (Jahresendkurs: 1,20). Politische Unklarheiten in den USA sowie ein Sinken der Wahrscheinlichkeit eines Auseinanderbrechens der Eurozone haben zu einem stärkeren Euro geführt. Das britische Pfund bewegt sich seit Jahresanfang – abhängig von der Nachrichtenlage zu den Brexit-Verhandlungen – zwischen 0,84 und 0,93 zum Euro (Jahresendkurs: 0,89).

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Konjunktur in Deutschland recht exportabhängig ist, nährte der erstarkte Euro die Sorge, dass hierdurch das Wirtschaftswachstum eingetrübt werden könnte. Dies bewahrheitete sich bisher jedoch nicht und viele Volkswirte haben ihre Wachstumsaussichten für das BIP in Deutschland in 2017 angehoben. Getrieben durch einen starken Export, aber auch Konsum, stieg das deutsche BIP in 2017 schließlich um 2,2 % zum Vorjahr. Für 2018 wird erneut ein BIP-Wachstum von über 2 % erwartet.

Selten hat eine Bundesregierung die gesundheitspolitischen Themen aus dem vereinbarten Koalitionsvertrag so diszipliniert abgearbeitet wie die vergangene Bundesregierung (2013 – 2017). Die zentralen gesundheitspolitischen Ziele der Großen Koalition waren Anpassungen der Versorgungsstrukturen, die Ausweitung der Leistungen und Ausgaben sowie die Stärkung der Pflege. Diese Ziele führten zu einer Flut an neuen Gesetzen. Die wesentlichen Gesetzgebungsverfahren waren:

- Das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz u. a. zur Einführung krankenkassenindividueller Zusatzbeiträge sowie Gründung des Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG).
- Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz u. a. zur Stärkung der ärztlichen Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten. Zur Förderung von Prozessinnovationen in der Versorgung und von Versorgungsforschung wurde zudem ein Innovationsfonds mit einem Volumen von 300 Mio. € jährlich eingerichtet.
- Das Krankenhausstrukturgesetz u. a. zur besseren Finanzierung des Bestandspersonals und der häuslichen Kranken- und Kurzzeitpflege.
- Das Präventionsgesetz zur Einrichtung einer Nationalen Präventionskonferenz, die eine nationale Präventionsstrategie entwickeln soll.
- Das Hospiz- und Palliativgesetz enthält Maßnahmen zur Förderung eines flächendeckenden Ausbaus der Hospiz- und Palliativversorgung. Der PKV-Verband hat sich schon 2015 zur Förderung der ambulanten Hospizdienste selbst verpflichtet.

- Das GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz zur Weiterentwicklung der Nutzenbewertung und Preisbildung von Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen, um einen Ausgleich zwischen Innovation und Bezahlbarkeit zu erreichen.
- Die Pflegestärkungsgesetze I, II und III haben die Pflegeversicherung für alle gesetzlich und privat versicherten Pflegebedürftigen umfassend erneuert. Schwerpunkte der Reformen sind die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, eines neuen Begutachterverfahrens sowie Leistungsausweitungen inkl. Demenz in Höhe von rd. 5 Mrd. € pro Jahr.
- Das Pflegeberufereformgesetz zur Einführung einer generalistischen Ausbildung mit anschließender Spezialisierungsmöglichkeit in der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Kinderkrankenpflege.

Die jährliche Ausgabenwirkung der Gesetzesinitiativen der 18. Legislaturperiode liegt für die privaten Krankenversicherer alleine bei rund 300 Mio. €.

Die privaten Krankenversicherer können mit Stolz auf die letzten vier Jahre zurückblicken, in denen sich die Tragfähigkeit ihres Sicherungsmodells auch ohne nennenswerte gesetzliche Eingriffe bewährt hat – und dies trotz schwieriger Umstände wie der anhaltenden Niedrigzinsphase und den damit verbundenen Auswirkungen bei anstehenden Beitragsanpassungen. Die Branche hat ihre Freiräume genutzt und ihre ambitionierte eigene Reformagenda fortgeschrieben und sukzessive umgesetzt. Die wichtigsten Aspekte dabei sind:

- Die Tarifwechsel-Leitlinien des PKV-Verbandes: Sie sind bereits seit Jahresbeginn 2016 bei fast allen privaten Krankenversicherern in Kraft und gehen im Versicherteninteresse über die gesetzlichen Vorgaben zum Teil weit hinaus.
- Das Präventionsengagement der PKV: Die Stärkung der Patientenkompetenz ist durch die „Stiftung Gesundheitswissen“ erweitert worden. Über die Stiftung Gesundheitswissen leistet der PKV-Verband einen innovativen Beitrag zur kommunikativen Qualitätssicherung in der Medizin und zur Prävention. Damit setzt der PKV-Verband seinen selbstbestimmten Weg in der Prävention konsequent fort.
- Die Imagekampagne „Für unsere Gesundheit“: Sie zeigt die Wertschätzung für die Arbeit der Menschen in den Gesundheitsberufen. Mit der Kampagne zeigt die PKV zugleich, dass sie als starke Säule, als Innovationstreiber und als nachhaltige, generationengerechte Finanzierungsquelle ihre wichtige Rolle selbstbewusst und verlässlich ausübt.

Auch die neue Qualitätsoffensive der PKV konnte nicht verhindern, dass der Bestand an vollversicherten Personen im Markt um 0,2 % gesunken ist. Im Gegenzug steigt die Zahl der Zusatzversicherungen weiter stetig an. Die Beitragseinnahmen in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung stiegen 2017 um 4,7 %, die Versicherungsleistungen um 2,4 %.

Geschäftsverlauf

Der wichtigste Träger des Neugeschäfts bei der DEVK Krankenversicherungs-AG war im Einklang zu den vergangenen Jahren der Bereich der Zusatzversicherungen für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. In dem immer stärker umkämpften Bereich der Zusatzversicherungen konnte sich unser Unternehmen weiterhin gut behaupten und seinen Marktanteil weiter ausbauen.

Die Verkaufszahlen konnten durch ein groß angelegtes Mailing, das durch 30.000 Abschlüsse geprägt war, deutlich gesteigert werden. So belief sich der Monatssollbeitrag im Gesamtbestand zum Jahresende auf 7,56 Mio. € (Vorjahr 6,74 Mio. €). Eine Übersicht über die Anzahl der versicherten Personen je Versicherungsart ist im Anhang aufgeführt.

Insgesamt wurde die Mittelfristprognose bezogen auf Wachstum und Ertrag damit übererfüllt.

Im Kapitalanlagebereich wurde in 2017 ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen ist erwartungsgemäß absolut durch den Anstieg des Kapitalanlagevolumens und der Abgangsgewinne auf deutlich höherem Niveau. Dadurch stieg auch die Nettoverzinsung deutlich an. Der niedrige Zins für Neu- und Wiederanlagen führte erwartungsgemäß zu einem moderaten Rückgang der laufenden Verzinsung in Prozent.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	23.628	18.322	5.306
Aufwendungen für Beitragsrückerstattung	18.814	13.613	5.201
Versicherungstechnisches Ergebnis	4.814	4.709	105
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-1.761	-1.634	-127
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.053	3.075	-22
Steuern	53	75	-22
Gewinnabführung	3.000	3.000	-
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge belaufen sich per Jahresultimo auf 88,1 Mio. € und liegen 1,6 Mio. € über dem prognostizierten Wert, da das Mailing eines unselbstständigen Zahnzusatz-Tarifs die Erwartungen deutlich übertroffen hat. Die Beiträge nahmen daher deutlich stärker als im Vorjahr (5,4 Mio. €) um 7,6 Mio. € zu, was einen Anstieg der prozentualen Steigerung von 7,2 % im Vorjahr auf 9,5 % bedeutet.

Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) stiegen deutlich unter unseren Erwartungen und auch deutlich geringer als im Vorjahr (2,5 Mio. €) nur um 1,6 Mio. € (Prognose 4,1 Mio. €). Sie betragen im Berichtsjahr 52,4 Mio. € (Vorjahr 50,8 Mio. €). Das gesamte Leistungsniveau ist geringer ausgefallen als erwartet.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb liegen über dem Niveau des Vorjahres (8,9 Mio. €) und betragen 10,7 Mio. €. Davon entfielen 8,3 Mio. € auf Abschlusskosten (Vorjahr 6,6 Mio. €) und 2,4 Mio. € auf Verwaltungskosten (Vorjahr 2,3 Mio. €).

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen umfassten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 275,4 Mio. € (Vorjahr 238,7 Mio. €).

Kapitalerträge

Im Kapitalanlagebereich wurde in 2017 gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Prognose absolut ein deutlich besseres Ergebnis erreicht, welches aus dem erwartungsgemäß gestiegenen Kapitalanlagebestand und Abgangsgewinnen resultiert. Die Nettoerträge der Kapitalanlagen betragen im Berichtsjahr 10,2 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen gemäß Berechnungsmethode des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. ist auf Grund der hohen Abgangsgewinne auf 3,97 % (Vorjahr 3,34 %) erwartungsgemäß gestiegen.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Jahr 2017 wurde Geschäft in Rückdeckung übernommen. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Krankenversicherungsgeschäft für kurzfristige Auslandsreisen. Hieraus ergaben sich wie im Vorjahr Prämieinnahmen in Höhe von ca. 1,2 Mio. €. Nach Abzug der Kosten, der Aufwendungen für Versicherungsfälle und der Gewinnbeteiligung verblieb wie im Vorjahr ein Überschuss in Höhe von 0,5 Mio. €.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der RfB wurden im Geschäftsjahr 18,8 Mio. € zugeführt (Vorjahr 13,6 Mio. €). 15,4 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) wurden aus der RfB zur Begrenzung von Prämienanpassungen inkl. Rechnungszinsabsenkungen entnommen. Von der Möglichkeit einer Zinstreppe hat die DEVK Krankenversicherungs-AG bisher im Sinne des Kunden keinen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus wurde im Tarif AM-V eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit durchgeführt. In Abhängigkeit von den leistungsfreien vollen Versicherungsjahren wurden bis zu vier Monatsbeiträge rückerstattet. Hierfür wurden der RfB, der Prognose entsprechend, wie im Vorjahr 0,4 Mio. € entnommen.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung beträgt 3,0 Mio. € und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Als versicherungstechnisches Ergebnis wurde ein Gewinn in Höhe von 4,8 Mio. € (Vorjahr 4,7 Mio. €) ausgewiesen.

An die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG wurden auf Grund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags entsprechend der Prognose 3,0 Mio. € abgeführt.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bestreitung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch laufende Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 2,5 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die erfolgsabhängige RfB in Höhe von 35,4 Mio. € erreicht ihren bisherigen Höchststand und ist damit trotz hoher Entnahme zum 1. Januar 2018 in Höhe von ca. 12,0 Mio. € hinreichend groß, um wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft Beitragsanpassungen in ausreichendem Maße begrenzen zu können. Die RfB-Quote sinkt 2017 leicht von zuvor 41,2 % auf 40,2 %.

Rating

Die Rating-Agentur Fitch hat 2017 die Finanzstärke der DEVK Krankenversicherungs-AG unverändert mit „A+“ eingestuft. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	275.401	238.721	36.680
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.096	1.141	-45
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	29	454	-425
Sonstige Forderungen	-	1.214	-1.214
Übrige Aktiva	4.983	5.025	-42
Gesamtvermögen	281.509	246.555	34.954
Eigenkapital	29.177	26.177	3.000
Versicherungstechnische Rückstellungen	243.565	214.137	29.428
Andere Rückstellungen	2.778	2.577	201
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	480	509	-29
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	345	-	345
Sonstige Verbindlichkeiten	5.056	3.067	1.989
Übrige Passiva	109	88	21
Gesamtkapital	281.509	246.555	34.954

In 2017 wurde im Kapitalanlagebereich verstärkt in Immobilienanlagen investiert. Der Anteil zu den gesamten Kapitalanlagen hat sich von 1 % auf 3 % erhöht, dagegen hat sich der Anteil des Zinsblocks um ca. 3 % verringert auf 89 % (Vorjahr 92 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit¹

Unsere geringe Zahl an BaFin- und Ombudsmannbeschwerden zeigt eine hohe Kundenzufriedenheit.

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK ein wichtiges strategisches Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden. Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 23 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. In Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 3. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2017 sehr gut entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Zusatzversicherung zur gesetzlichen Krankenversicherung ist und bleibt für uns das zentrale Wachstums- und Geschäftsfeld. Insgesamt müssen wir uns hier auf eine verstärkte Wettbewerbssituation einstellen, der wir durch entsprechende Vertriebsaktivitäten begegnen. Für das Jahr 2018 wird eine Beitragseinnahme in Höhe von insgesamt 95,0 Mio. € prognostiziert. Bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. (gezahlt und zurückgestellt, einschließlich Regulierungsaufwendungen) erwarten wir eine Steigerung auf ca. 57,5 Mio. €, die auch eine Zunahme der Schadenreserve beinhaltet.

Im Jahr 2018 ist eine Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit in dem Tarif AM-V in vergleichbarer Höhe zu 2017 vorgesehen.

Von der zum 31. Dezember 2017 bestehenden RfB in Höhe von 36,6 Mio. € sind 12,1 Mio. € zur Begrenzung von Beitragsanpassung zum 1. Januar 2018 und für Beitragsreduzierungen für ältere Versicherte festgelegt.

Gemäß unserer Mittelfristplanung gehen wir weiterhin davon aus, dass sich unser Wachstum und unsere Ertragsituation auch in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

Trotz guter Konjunktur erwartet die DEVK volatile Kapitalmärkte auf Grund des Fortbestands der politischen Risiken, die einen weiteren Anstieg des Aktienmarkts und der Anleihekurse verhindern könnten. Die weiteren politischen Entwicklungen in der Eurozone und den USA spielen dabei genauso eine Rolle wie die politische Situation in Großbritannien mit dem Austritt aus der EU und in Spanien nach der Unabhängigkeitserklärung Kataloniens. Auch ist als weiteres Risiko der Eurozone zu beachten, dass die gute konjunkturelle Entwicklung die Restrukturierungsbemühungen in vielen EU-Staaten, die zum langfristigen Erhalt der Eurozone notwendig sind, hat erlahmen lassen.

Wir rechnen damit, dass die in 2018 geringere monatliche Nachfrage der EZB nach Anleihen zu Renditeerhöhungen und Spread-Ausweitungen führen wird. Diese sollten jedoch moderat ablaufen. Die weiterhin große Flexibilität der EZB dürfte auf die Aktienmärkte beruhigend wirken. In Bezug auf die Fed wird in 2018 durch den Marktkonsens mit zwei bis vier weiteren Zinserhöhungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte gerechnet, je nach Entwicklung der Inflation. Ein zusätzliches Abflachen der Zinsstrukturkurve in den USA kann somit nicht ausgeschlossen werden. Zu beobachten wird sein, ob die Geldpolitik der Fed sich durch den Führungswechsel möglicherweise signifikant ändert. Wir gehen im Grundsatz von einer Kontinuität der aktuellen Geldpolitik in den USA aus.

Bezogen auf die wirtschaftliche Situation in den USA und in Euroland sind die volkswirtschaftlichen Rahmendaten zuletzt größtenteils positiv ausgefallen. Der Ifo-Geschäftsklimaindex erzielte im Januar 2018 ein erneutes Rekordhoch. Die Unternehmensergebnisse

und -ausblicke sind bisher vergleichsweise positiv. Dämpfende Effekte für die Entwicklung der Wirtschaft in Euroland könnten sich aus dem zuletzt starken Euro ergeben. Die beschlossene US-Steuerreform wird Einfluss auf den US-Aktienmarkt haben. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass derzeit die Rahmenbedingungen für stabile Aktienmärkte noch vergleichsweise gut sind, die Bewertungen – insbesondere in den USA – aber nicht als günstig einzustufen sind und steigende Zinsen ein Risikopotenzial darstellen.

Der Konflikt um die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens und die sich verschlechternden politischen Beziehungen westlicher Länder zur Türkei haben bisher noch keine sichtbaren Negativeffekte auf die wirtschaftliche Entwicklung in Euroland gehabt. Mögliche regionale Separationsbestrebungen in Europa erhöhen die Unsicherheit in Bezug auf zukünftige Investitionen in diesen einzelnen Wirtschaftsräumen. Wichtiger für die EU als Ganzes wird jedoch die weitere Entwicklung nach den Wahlen in Italien sein.

Für die globale Konjunktur spielt die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung in den USA, nachdem der Aufschwung schon mehr als sieben Jahre anhält, und in China, insbesondere die Inlandsnachfrage und die Unternehmensverschuldung, aus DEVK-Sicht eine große Rolle. In Europa kommen der Unklarheit über den Brexit-Prozess, den politischen Spannungen innerhalb der Eurozone und einer möglichen Änderung der Geldpolitik der EZB große Bedeutung zu.

Für die DEVK Krankenversicherungs-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen in 2018 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus. Dies begründet sich durch den erwarteten Wegfall signifikanter außerordentlicher Erträge. Der niedrige Zins für Neu- und Wiederanlagen wird unserer Einschätzung nach auch ein weiteres leichtes Absinken der absoluten laufenden Verzinsung in Prozent der Kapitalanlagen zur Folge haben. Eine andere Situation ergäbe sich, wenn eines der hier beschriebenen Risiken eintreten würde.

Es ist unser Ziel, auch in den nächsten Jahren, unser derzeitiges Niveau der Gewinnabführung zu halten.

Chancenbericht

Unsere Zeichnungspolitik und unser Rückversicherungskonzept bilden die Chancen für ein weiteres solides Wachstum der Gesellschaft.

Die nach wie vor erfolgreiche Kooperation im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen bietet weiterhin ein großes Potenzial für neue Kundenbeziehungen. Hier können den Mitgliedern bedarfsgerechte Produkte zu besonders günstigen Konditionen angeboten werden.

Die Einbettung unserer Gesellschaft in einen Versicherungskonzern, der im Privatkunden-segment umfassenden Versicherungsschutz anbietet, eröffnet uns die Möglichkeit, spartenübergreifende Synergieeffekte zu nutzen.

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem guten Service sowie unserem leistungsstarken Vertrieb sehen wir uns daher weiterhin sehr gut aufgestellt.

Risikobericht

Dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Hinsichtlich des innerhalb der DEVK-Gruppe eingesetzten Risikomanagementsystems zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht des DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Versicherungstechnische Risiken

In der Krankenversicherung sind dies im Wesentlichen das Änderungs-, Irrtums- und Zufallsrisiko sowie das Zinsrisiko.

Das Änderungsrisiko besteht im Wesentlichen darin, dass sich auf Grund von Entwicklungen im Gesundheitswesen, durch die häufigere Leistungsanspruchnahme durch die Versicherten oder durch geändertes Kundenverhalten die Rechnungsgrundlagen für die Tarife ändern.

Das Irrtumsrisiko besteht darin, dass bei der Erstkalkulation eines Tarifs eine fehlerhafte Risikoeinschätzung erfolgte, die durch eine spätere Beitragsanpassung nicht mehr korrigiert werden kann.

Das Risiko, dass zufallsbedingt höhere Schadenaufwendungen als erwartet bzw. kalkuliert entstehen, wird Zufallsrisiko genannt.

Den oben genannten Risiken treten wir durch ausführliche Arbeitsrichtlinien und durch ständige Weiterbildungsmaßnahmen unserer Mitarbeiter entgegen. Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungselemente können wir unerwünschte Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und ggf. entgegenwirken. Zahlungen und Verpflichtungserklärungen unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich Vollmachten und Berechtigungen, deren Einhaltung durch ein mehrstufiges Stichprobenverfahren geprüft wird.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen stellen wir sicher, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist in allen Allgemeinen Versicherungsbedingungen eine Beitragsanpassungsklausel enthalten, so dass die Tarifbeiträge an eine Veränderung der Schadenaufwendungen angepasst werden können.

Zusätzlich werden unerwünschte größere Schwankungen unserer Risikoergebnisse durch geeignete Rückversicherungsverträge verhindert.

Das Zinsrisiko in der Krankenversicherung besteht darin, dass dem bei Vertragsabschluss zu Grunde gelegten Rechnungszins über einen längeren Zeitraum niedrigere Markttrenditen gegenüberstehen. Der verwendete durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) konnte bisher in jedem Geschäftsjahr seit Aufnahme des Geschäftsbetriebs

1994 erwirtschaftet werden. Es liegen ausreichende Sicherheitsspannen vor. Für das Neugeschäft ist ein Rechnungszins in der Spanne von 2,40 % bis 2,75 % einkalkuliert. Zum 31. Dezember 2017 lag der duRz bei 2,859 %.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft ergeben sich in der Erstversicherung aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern sowie Rückversicherern. Zur Reduzierung des Risikos des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern besteht ein etabliertes Kontrollsystem.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 2,8 % der gebuchten Bruttobeiträge. Von diesen Forderungen mussten durchschnittlich 0,4 % ausgebucht werden. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge belief sich die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,01 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Die zum Jahresende bestehenden Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern beliefen sich auf 0,03 Mio. €. Eine Übersicht über die Abrechnungsforderungen sowie das Rating unserer Rückversicherungspartner gibt die folgende Tabelle:

Ratingklasse	Abrechnungsforderungen in Mio. €
A+	0,03

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursentwicklungen (Marktpreisrisiken),
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Seit 1. Januar 2017 gibt der interne Anlagekatalog die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Dem bestehenden Kurs- und Zinsrisiko wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Durch aktives Portfoliomanagement konnten wir Chancen aus Marktbewegungen für unser Ergebnis positiv nutzen. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch eine ausgewogene Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen ist ein permanenter Liquiditätszufluss gewährleistet. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) ist die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen gegeben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in

der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für die Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2017 folgende Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote
- Nutzung von Anleihevorkäufen
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden auch Stressszenarien analog den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2017 beträgt der Zinsblock der Gesellschaft zu Buchwerten 246,0 Mio. €. Insgesamt 120,1 Mio. € sind als Inhaberpapiere (inkl. Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren haben wir gemäß § 341b HGB ein Volumen von 115,6 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen weisen eine positive Bewertungsreserve in Höhe von 10,8 Mio. € aus. Darin sind 0,04 Mio. € stille Lasten enthalten. Die gesamten Bewertungsreserven des Zinsblocks liegen zum 31. Dezember 2017 bei 18,5 Mio. €. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -19,5 Mio. € bzw. 20,8 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in dem Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen oder zu Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses auf Grund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Im Übrigen weisen die Wertpapiere aktuell stille Reserven aus, die zunächst abgebaut würden. Ausnahme hiervon sind Wertverluste auf Grund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen. Der Schwerpunkt der Rentenanlagen lag im Jahr 2017 in internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Banken und Unternehmen sowie Staatsanleihen und staatsnahen Anleihen. Dabei handelt es sich um Inhaberpapiere, die dem Anlagevermögen gewidmet sind, sowie Namenspapiere.

Ein Kapitalanlageengagement in den nach wie vor im Fokus stehenden Ländern Italien und Spanien liegt in niedrigem Umfang vor. Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 3 % in Staatspapieren, 26 % in Unternehmensanleihen und 60 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetz.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf (Vorjahr):

AA und besser	49,3 %	(47,9 %)
A	31,5 %	(32,7 %)
BBB	18,4 %	(18,3 %)
BB und schlechter	0,8 %	(1,1 %)

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Wir werden bei Neu- und Wiederanlagen weiterhin nahezu ausschließlich in Zinspapieren hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ exakt abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 4,8 Mio. €. Sowohl der deutsche als auch der europäische Aktienindex haben sich im Jahr 2017 positiv entwickelt. Wir erwarten mittelfristig weiterhin eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten. Die Gesellschaft hält keine Aktien nach § 341b HGB im Anlagevermögen.

Vor dem Hintergrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage haben wir die Aktienquote unterjährig aktiv gesteuert. Insgesamt ist sie gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Sollte sich in Folge wirtschaftlicher Probleme die konjunkturelle Entwicklung deutlich verschlechtern, sind hierfür Handlungsoptionen vorhanden.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 8,6 Mio. € in Immobilien investiert, davon 6,2 Mio. € in Immobilienfonds.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, externen Einflussfaktoren, mitarbeiterbedingten Vorfällen und Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen. Ein wirksames Risikomanagement der operationellen Risiken wird durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems (IKS) sichergestellt. Außerdem liegt das besondere Augenmerk der halbjährlich durchgeführten Risikoinventur auf den operationellen Risiken. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der internen Kontrollen wird durch die Interne Revision überwacht.

Die Arbeitsabläufe der DEVK erfolgen auf der Grundlage innerbetrieblicher Leitlinien.

Das Risiko mitarbeiterbedingter Vorfälle wird durch Berechtigungs- und Vollmachtenregelungen sowie eine weitgehend maschinelle Unterstützung der Arbeitsabläufe begrenzt.

Im EDV-Bereich sind Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Die IT-Infrastruktur ist für das Katastrophenfall-Szenario redundant ausgelegt. Wiederanlauf-Tests werden regelmäßig durchgeführt. Die Verbindung zwischen den internen und externen Netzwerken ist dem aktuellen Standard entsprechend geschützt.

Das Notfallmanagement baut auf einer betriebstechnischen Notfallanalyse auf. Sie beschreibt die Ziele und Rahmenbedingungen zur Vorsorge gegen Notfälle und Maßnahmen zu deren Bewältigung.

Rechtliche Risiken gehören auch zu den operationellen Risiken. Die DEVK hat ein Compliance Management System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die Versicherungsbranche hat mit dem Inkrafttreten von Solvency II zum 1. Januar 2016 bezüglich des Aufsichtsregimes einen Umbruch vollzogen. Erstmals waren in 2016 die vollständigen Anforderungen von Solvency II zu erfüllen. Dies bezieht sich u. a. auf die umfangreichen und adressatengerechten Reportingpflichten per 31. Dezember 2016. Die Einhaltung der engen Fristen war eine große Herausforderung.

In 2017 wurden erstmals die vollständigen Reportingpflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde sowie der Öffentlichkeit auf Basis 31. Dezember 2016 umgesetzt. So wurde der BaFin im sogenannten „Regular Supervisory Report“ u. a. die Vermögens- und Finanzlage der DEVK Krankenversicherungs-AG dargestellt. Die Öffentlichkeit wurde parallel mit dem erstmals zu erstellenden „Solvency and Financial Condition Report“ in ähnlichem Umfang informiert. Die BaFin wird zudem über die quartalsweisen „Quantitative Reporting Templates“ mit umfangreichen Berechnungsergebnissen in Kenntnis gesetzt.

Bei der aufsichtsrechtlichen Solvenzberechnung auf Basis der Standardformel zeigte sich für die DEVK Krankenversicherungs-AG eine deutliche Überdeckung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.¹

Die Projektionsrechnungen im Rahmen des ORSA-Prozesses zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.¹

Insgesamt können wir zurzeit keine Entwicklung erkennen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 9. März 2018

Der Vorstand

Dürscheid **Peusch**

Anlage zum Lagebericht

Verzeichnis der im Geschäftsjahr betriebenen Versicherungszweige

Selbst abgeschlossenes Geschäft

Krankheitskostenvollversicherung

Ergänzende Krankheitskostenversicherung

Krankentagegeldversicherung

Krankenhaustagegeldversicherung

Reisekrankenversicherung

Pflegepflichtversicherung

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegezusatzversicherung

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Reisekrankenversicherung

Die von uns eingesetzten Rechnungsgrundlagen tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Rechnung. Nähere Hinweise zur Herleitung von biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich unter www.aktuar.de. Darüber hinaus werden jährlich spezifische Daten (Wahrscheinlichkeitstabellen, Kopfschäden) auf der Homepage der BaFin veröffentlicht (www.bafin.de).

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		713.286	546
II. geleistete Anzahlungen		<u>8.531</u>	5
		721.817	551
B. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.340.000		1.650
2. Beteiligungen	<u>3.309.722</u>		2.983
		6.649.722	4.633
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.631.009		17.734
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	117.160.545		108.900
3. Sonstige Ausleihungen	<u>125.960.103</u>		107.454
		268.751.657	234.088
		275.401.379	238.721
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	926.187		915
2. Versicherungsvermittler	169.726		225
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>-</u>		1
		1.095.913	1.141
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		28.880	454
davon:			
an verbundenen Unternehmen: 28.880 €			165
III. Sonstige Forderungen		<u>-</u>	1.214
davon:			
an verbundenen Unternehmen: – €			2.809
		1.124.793	1.214
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
– Sachanlagen und Vorräte		247.425	255
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.905.133	4.156
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>108.708</u>	62
		4.013.841	4.218
Summe der Aktiva		281.509.255	246.555

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 8. März 2018

Der Treuhänder | Thommes

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000	8.000
II. Kapitalrücklage		20.143.000	17.143
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	657.000		657
2. andere Gewinnrücklagen	377.128		377
		<u>1.034.128</u>	1.034
		29.177.128	26.177
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge		2.492.070	2.397
II. Deckungsrückstellung		192.554.767	165.698
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		11.857.223	11.724
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. erfolgsabhängige	35.410.530		33.169
2. erfolgsunabhängige	1.166.587		1.063
		<u>36.577.117</u>	34.233
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>83.462</u>	84
		243.564.639	214.136
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.662.442	2.450
II. Steuerrückstellungen		–	9
III. Sonstige Rückstellungen		<u>115.760</u>	117
		2.778.202	2.577
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
– Versicherungsnehmern		479.621	509
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		344.802	–
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 322.377 €			–
III. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>5.056.039</u>	3.067
davon:			3.576
aus Steuern: 27.105 €			18
gegenüber verbundenen Unternehmen: 4.860.819 €			3.000
		5.880.462	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		108.823	88
Summe der Passiva		281.509.255	246.555

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 192.554.767,01 € unter Beachtung des § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Posten	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f. e. R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	88.147.463			80.531
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>359.059</u>			288
		87.788.404		80.244
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		<u>-94.773</u>		-9
			87.693.631	80.234
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			15.428.864	2.219
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		293.739		174
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		7.166.518		7.209
c) Erträge aus Zuschreibungen		336.204		78
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>2.864.949</u>		746
			10.661.410	8.206
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.			261.050	270
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	52.442.229			49.961
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>207.267</u>			507
		52.234.962		49.454
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>132.890</u>		1.333
			52.367.852	50.787
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung		-26.856.384		-12.281
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		<u>965</u>		-8
			-26.855.419	-12.289
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f. e. R.				
a) erfolgsabhängige		17.928.695		12.894
b) erfolgsunabhängige		<u>885.118</u>		718
			18.813.813	13.613
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.				
a) Abschlussaufwendungen	8.308.045			6.611
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>2.362.179</u>			2.267
c) davon ab:		10.670.224		8.878
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>13.452</u>		13
			10.656.772	8.866
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		154.167		130
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		283.201		259
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>8.484</u>		185
			445.852	575
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.			91.401	93
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.			4.813.846	4.709
Übertrag:			4.813.846	4.709

Posten			
	€	€	Vorjahr Tsd. €
Übertrag:		4.813.846	4.709
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	87.687		147
2. Sonstige Aufwendungen	<u>1.848.715</u>		1.781
		-1.761.028	-1.634
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.052.818	3.076
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31.370		57
5. Sonstige Steuern	<u>21.448</u>		18
		52.818	76
6. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		3.000.000	3.000
7. Jahresüberschuss		-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** erfolgte zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die Bilanzwerte der **Namensschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** und der **übrigen Ausleihungen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich einer Wertberichtigung für das latente Ausfallrisiko sowie eine Pauschalwertberichtigung auf die restlichen Forderungsbestände bilanziert worden.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen von Kosten für künftige Zeiträume die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten und das Agio für Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach folgenden Grundsätzen:

Die Berechnung der **Beitragsüberträge** erfolgte taggenau unter Berücksichtigung des individuellen Versicherungsbeginns und unter Abzug der nicht übertragungsfähigen Teile gemäß dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974.

Die **Deckungsrückstellung** wurde einzeln unter Beachtung des tatsächlichen Versicherungsbeginns ermittelt, bei der Pflegepflichtversicherung und im Basistarif wurde ein mittlerer Versicherungsbeginn zum 1. Juli zu Grunde gelegt.

Die Deckungsrückstellung enthält ebenfalls Mittel zur Finanzierung der Beitragsentlastung im Alter gemäß § 149 VAG und § 150 VAG, soweit sie nicht in der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung thesauriert wurden. Für den Teil der Deckungsrückstellung, der aus dem Mitversicherungsvertrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) resultiert, wurde der vom Geschäftsführer der GPV genannte Betrag übernommen.

Das Verfahren zur Berechnung der Bruttobeträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelter Versicherungsfälle** wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 auf das Chain-Ladder-Verfahren unter Berücksichtigung der erst nach dem Bilanzstichtag gezahlter, aber bereits zuvor angefallener Schadenzahlungen vergangener Geschäftsjahre, umgestellt. In der Rückstellung wurden Schadenregulierungsaufwendungen unter Berücksichtigung des Erlasses des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 (Seite 2750 – 24 – VB4) berücksichtigt.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für die Deckung künftig eintretender Verluste aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang. Die Rückstellung wurde prozentual aus der Summe aller negativen Alterungsrückstellungen berechnet.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafel 2005 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 3,68 % (Vorjahr 4,0 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltsdynamik wurde mit 1,95 % p. a., die Rentendynamik mit 1,7 % bzw. 2,4 % p. a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** ergaben sich auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge und wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs. Die Währungsumrechnung von Leistungen der Auslandsreise-Krankenversicherung erfolgte bedingungsgemäß zum Kurs des Tages, an dem die Belege beim Versicherer eingingen, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer einen ungünstigeren Kurs nachwies.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen auf Grund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	546	355	–	–	–	189	712
2. geleistete Anzahlungen	5	4	–	–	–	–	9
3. Summe A.	551	359	–	–	–	189	721
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.650	1.690	–	–	–	–	3.340
2. Beteiligungen	2.983	327	–	–	–	–	3.310
3. Summe B. I.	4.633	2.017	–	–	–	–	6.650
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Invest- mentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.734	14.846	–	7.002	336	283	25.631
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	108.900	15.230	–	6.969	–	–	117.161
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	73.000	21.000	–	9.000	–	–	85.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	34.454	10.014	–	3.508	–	–	40.960
4. Summe B. II.	234.088	61.090	–	26.479	336	283	268.752
insgesamt	239.272	63.466	–	26.479	336	472	276.123

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenständen handelt es sich um planmäßige Abschreibungen.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

In gewissem Umfang haben wir Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2017 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen		
	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.340.000	4.516.269
2. Beteiligungen	3.309.722	12.518.202
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.631.009	33.393.504
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	117.160.545	128.424.026
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	85.000.000	89.387.277
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.960.103	43.693.669
insgesamt	275.401.379	311.932.947
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	190.401.379	222.545.670
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	115.637.953	126.402.783

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 1,6 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Marktwert oder zum Buchwert.

Sowohl Dividendenwerte als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden gemäß § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der Devisenkassamittelkurs zum Jahresende in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Wertpapiere des Anlagevermögens	7.369	7.326
sonstige Ausleihungen	39.500	37.985

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Tsd. €	Prämie Tsd. €	beizulegender Wert der Prämie Tsd. €
Sonstige Verbindlichkeiten	Short-Call-Optionen	400		165	66
Namensschuldverschreibungen	Vorkäufe	10.000		–	18

Bewertungsmethode

Short-Optionen: europäische Optionen Black-Scholes
amerikanische Optionen Barone-Adesi

Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Immobilienfonds	144	6.373	160	zwischen jederzeit bis nach 5 Monaten

Zu Aktiva B. I.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Ictus GmbH, Köln	5,00	44.801.421	2.192.122
Sana Kliniken AG, Ismaning	0,69	757.734.000 ²	90.075.000 ²

² Basis Geschäftsjahr 2016

Zu Aktiva E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	61.365 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	47.342 €
	108.707 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 8,0 Mio. € ist in 8,0 Mio. auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva A. II.

Kapitalrücklagen

1. Andere Zuzahlungen gem. § 272 Abs. 2 Nr. 1 – 3 HGB	143.000 €
2. Andere Zuzahlungen gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	17.000.000 €
Stand 31.12.2016	17.143.000 €
Zuführung gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	3.000.000 €
Stand 31.12.2017	20.143.000 €

Zu Passiva B. II.

Deckungsrückstellung

In der Position Passiva B. II. sind Deckungsrückstellungen in Höhe von 50.792 € enthalten, welche auf zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gekündigte Verträge entfallen. Es handelt sich hierbei um Verträge, für die ein Übertragungsanspruch eines Nachversicherers der privaten Krankheitskostenvollversicherung und Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG besteht.

Zu Passiva B. IV.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag nach § 150 Abs. 4 VAG	Sonstiges
	Tsd. €			
1. Bilanzwerte Vorjahr	33.169	–	414	650
2. Entnahme zur Verrechnung	15.297	–	131	–
3. Entnahme zur Barausschüttung	390	–	–	650
4. Zuführung	17.929	–	218	667
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	35.411	–	501	667
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 VAG: 1.421 Tsd. €				

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	108.823 €
---	------------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Bruttobeiträge		
– Einzelversicherungen	82.837	75.313
– Gruppenversicherungen	4.069	4.027
gebuchte Bruttobeiträge		
– laufende Beiträge	80.836	73.411
– Einmalbeiträge	6.070	5.929
gebuchte Bruttobeiträge		
– Krankheitskostenversicherungen	4.694	4.795
– Krankentagegeldversicherungen	5.031	5.009
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherung	1.898	1.851
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	68.726	61.337
– Pflegepflichtversicherungen	487	419
– Auslandsreise-Krankenversicherung	6.070	5.929
Beitragszuschlag nach § 149 VAG	316	325
Rückversicherungssaldo	– 138	232

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der in den Tarifen der DEVK Krankenversicherungs-AG einkalkulierte durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins (duRz) 2,859 %.

Zu Posten I. 4.

Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen sind Übertragungswerte von Vorversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung gemäß § 146 Abs. 1 VAG in Höhe von 25.548 € enthalten.

Zu Posten I. 6.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

In der Veränderung der Alterungsrückstellungen ist eine Direktgutschrift gemäß § 150 Abs. 2 VAG in Höhe von 1.203.071 € enthalten.

Zu Posten I. 7.

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung f. e. R.

In den Aufwendungen für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung sind Aufwendungen gemäß § 150 Abs. 4 VAG in Höhe von 217.743 € enthalten.

Zu Posten I. 10.

Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.

In den sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen sind Übertragungswerte gemäß § 146 Abs. 1 VAG die auf Nachversicherungsunternehmen der privaten Krankheitskostenvollversicherung und der Pflegepflichtversicherung übertragen wurden, in Höhe von 80.083 € enthalten.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	6.591	5.028
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	294	288
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	–	–
5. Aufwendungen für Altersversorgung	91	28
insgesamt	6.976	5.344

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Krankenversicherungs-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 311.205 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 93.825 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2017 eine Pensionsrückstellung von 1.287.902 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 25.854 €.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 342.085 € (Vorjahr 279.725 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Resteinzahlungsverpflichtungen aus Immobilien und Anteilen an verbundenen Unternehmen betragen zum Jahresende 8,1 Mio. €. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,7 Mio. €.

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 0,4 Mio. € aus offenen Short-Optionen und 10,0 Mio. € aus Vorkäufen.

Auf Grund der gesetzlichen Regelungen in den §§ 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge in Höhe von max. 2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich für 2018 eine Zahlungsverpflichtung von 487.129 €.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Anzahl der versicherten natürlichen Personen im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
Zahl der versicherten natürlichen Personen	398.850	384.891
– Krankheitskostenversicherungen	1.424	1.447
– Krankentagegeldversicherungen	104.990	101.512
– selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	52.367	51.254
– sonstige selbstständige Teilversicherungen	285.531	274.326
– Pflegepflichtversicherungen	1.733	1.780

Die DEVK Krankenversicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht unter der Handelsregisternummer HRB 24806 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Die Gesellschaft DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, Köln, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind gemäß § 285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang enthalten.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Köln, 9. März 2018

Der Vorstand

Dürscheid **Peusch**

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln,

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Im Lagebericht enthaltene und als ungeprüft gekennzeichnete Angaben haben nicht geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die im Lagebericht enthaltenen als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen

erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Deckungsrückstellung

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Risikobericht“ enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Deckungsrückstellung in Höhe von EUR 192,6 Mio aus. Dies entspricht 68,4 % der Bilanzsumme.

Die Bilanz-Deckungsrückstellung ergibt sich grundsätzlich als Summe der einzelvertraglich ermittelten Alterungsrückstellungen. Die Alterungsrückstellungen der einzelnen Versicherungen werden tarifabhängig aus einer Vielzahl von maschinellen und manuellen Berechnungsschritten ermittelt.

Die Deckungsrückstellung setzt sich zusammen aus der tariflichen Alterungsrückstellung, den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß § 150 VAG und der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag gemäß § 149 VAG.

Dabei sind neben den handelsrechtlichen auch aufsichtsrechtliche Vorschriften zu beachten. Insbesondere sind der Berechnung der Alterungsrückstellungen zwingend dieselben Annahmen zugrunde zu legen, die auch bei der Prämienberechnung verwendet wurden. Die Höhe der Alterungsrückstellungen wird dabei wesentlich durch die Annahmen zu den rechnungsmäßigen Kopfschäden (durchschnittliche Schadenleistungen pro Person pro Jahr) sowie den Annahmen zum Zins und Storno bestimmt. Bei den rechnungsmäßigen Kopfschäden ist insbesondere die Veränderung mit wachsendem Alter der versicherten Person zu berücksichtigen. Änderungen von Annahmen im Rahmen von Beitragsanpassungen dürfen grundsätzlich erst nach Zustimmung durch den unabhängigen Treuhänder umgesetzt werden.

Das Risiko für den Abschluss besteht darin, dass aufgrund der hohen Komplexität der Berechnung die Alterungsrückstellungen nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe gebildet werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuariere eingesetzt und folgende wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben geprüft, ob die Versicherungsverträge in den Bestandsführungssystemen vollständig in die Deckungsrückstellung eingeflossen sind. Hierbei stützen wir uns auf die von der Gesellschaft eingerichteten Kontrollen, und prüfen, ob sie von ihrer Funktionsweise geeignet sind und durchgeführt werden. Dabei prüfen wir im Rahmen von Abstimmungen zwischen dem Bestandsführungssystem und dem Inkassosystem, ob die Verfahren zur Übertragung der Werte fehlerfrei arbeiten. Besonderen Fokus legen wir dabei auf Kontrollen, die sicherstellen, dass neue Tarife richtig erfasst werden bzw. Änderungen von Annahmen richtig in den Systemen umgesetzt werden.
- Zur Prüfung, dass die einzelvertraglichen tariflichen Alterungsrückstellungen entsprechend den Festlegungen der sog. Technischen Berechnungsgrundlagen vorgenommen wurden, haben wir für einen Teilbestand die Alterungsrückstellungen mit eigenen EDV-Programmen berechnet und die Ergebnisse mit den von der Gesellschaft ermittelten Werten verglichen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch, dass die zur Ermittlung der Alterungsrückstellungen verwendeten Annahmen (Rechnungszins, rechnermäßige Kopfschäden, Sterbe- und Stornotafeln) mit denen der Prämienkalkulation übereinstimmen.
- Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen zu den im Geschäftsjahr durchgeführten Beitragsanpassungen überzeugen wir uns davon, dass der unabhängige Treuhänder den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat. Im Falle von Änderungen des Rechnungszinses berechnen wir, dass der verwendete Rechnungszins im Einklang mit der Ermittlung des sog. Aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) steht. Zur Sicherstellung der korrekten Umsetzung der vom unabhängigen Treuhänder genehmigten Beitragsanpassung rechnen wir für Einzelfälle die korrekte Anwendung der neuen Rechnungsgrundlagen nach. Darüber hinaus haben wir die Ermittlung der Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen nachvollzogen.
- Für jeden Tarif ermitteln wir die durchschnittliche Alterungsrückstellung pro Tarifversichertem und analysieren die Veränderungen zu den Vorjahren.
- Wir separieren aus der Gesamtveränderung der Deckungsrückstellung bekannte Effekte wie Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen, Direktgutschriften, rechnermäßige Zinsen und Zillmerbeträge und analysieren die restliche Veränderung (sog. „bereinigte Veränderung“) im Zeitablauf.
- Ausgehend von der Nettoverzinsung haben wir die Ermittlung der Direktgutschrift nach § 150 Abs. 1 und 2 VAG nachvollzogen und die entsprechende Zuschreibung zur Deckungsrückstellung abgestimmt.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der Deckungsrückstellung steht im Einklang mit den handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Festlegungen in den Technischen Berechnungsgrundlagen wurden zutreffend angewandt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- die im Lagebericht enthaltenen als ungeprüft gekennzeichneten Angaben und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich

für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unter-

nehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratsitzung vom 10. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 24. Mai 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1998 als Abschlussprüfer der DEVK Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

– Prüfung der Solo-Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Georg Hübner.

Köln, den 6. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer

Happ
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2017 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und den Lagebericht 2017 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts seitens des Aufsichtsrats ergab ebenfalls keine Beanstandungen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2017, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 2. Mai 2018

Der Aufsichtsrat

Rüßmann

Vorsitzender